

Pensionserhöhung: für viele unter dem Strich ein Minus!

Die gute Nachricht zuerst: die Mindestpensionen werden am meisten erhöht- um 2,9 Prozent. Dann sinkt die Erhöhung auf 2,00 Prozent bei 1700,00 Euro Pension. Sie sinkt weiter auf 1,7 Prozent bei 2161,00 Pensionshöhe. Und landet bei einem Fixbetrag von 36,54 Euro ab der Höhe der Pension von 2161,00 Euro.

In der Realität des österreichischen Sozialstaates bedeutet das folgendes:

Erstens liegen damit die Mindestrentner noch immer unter der von der EU definierten Armutsschwelle von 900,00 Euro.

Zweitens haben Rentner über 1000,00 Euro netto nach Steuern und Abgaben noch einen Rest von 1,2 Prozent und wenn man die offizielle Inflation abzieht bereits ein **Minus**.

Drittens wachsen auch mit dem Abschluss **alle Pensionen** immer mehr in **Richtung einer einheitlichen Volkspension** zusammen und die kann den **Lebensstandard** nicht mehr sichern. Auch hier zeigt sich: der Mittelstand wird in Richtung Armut gedrängt!

Viertens liegen die Lebenshaltungskosten für die Masse der Menschen weit über der Inflationsgewichtung des durchschnittlichen Warenkorb. Für sie liegt die wirkliche Steigerung der Inflation bei ungefähr 5 Prozent.

Wohin die Entwicklung geht zeigen folgende Zahlen:

Der Basisbeitrag der Familienbeihilfe hat seit dem Jahr 2000 um 13 Prozent an Wert **verloren**. Die Studienbeihilfen haben mittlerweile 4,6 Prozent **verloren**. Der reale Wert des Arbeitslosengeldes **sank** um 2,9 Prozent, die Notstandshilfe um 4,3 Prozent. Der **Kaufkraftverlust** des Pflegegeldes beträgt 14 Prozent.

Die ersten neoliberalen Experten und Politiker nutzen schon die Gelegenheit und warnen vor der Bevorzugung der Alten gegenüber anderen Schichten der Bevölkerung. Abgesehen davon, dass die Tatsachen dem Hohn sprechen, ist der Kern der Botschaft eine bereits mehrfach erfolgreich gespielte Strategie: ein Teil der Bevölkerung soll gegen den anderen ausgespielt werden.

Wenn das Volk sich um die Krümmel rauft, übersieht es, dass der größte Teil des Kuchens ganz woanders liegt: bei den Konzerngewinnen und großen Vermögen. Hinter dem Theaterdonner der neoliberalen Strategen steckt die Absicht uns vergessen zu lassen, dass zehn Prozent der Bevölkerung zwei Drittel des gesamten Volksvermögens besitzen.

Eine echte Steuerreform, das heißt Umverteilung von oben nach unten, wird ohne Volksabstimmung nicht möglich sein.

Hans Kohlmaier, 15.11.07